



Haushalts- und Finanzausschuss

23. Sitzung (öffentlich)

15. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 14:40 Uhr;

14:55 Uhr bis 15:55 Uhr;

16:05 Uhr bis 16:15 Uhr;

16:30 Uhr bis 16:45 Uhr;

19:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD) (Vorsitzende)
Bernd Krückel (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting, Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetzes (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/1000, 14/1500 (1. Ergänzung) und 14/1899 (2. Ergänzung)

Drucksachen 14/1700, 14/1701 bis 14/1706, 14/1708, 14/1710 bis 14/1715, 14/1720 und 14/1818

Vorlagen 14/452, 14/464 und 14/468

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

In Verbindung damit:

Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung

Antrag

auf Behandlung einer Volksinitiative

gemäß Artikel 67a der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen

Beratungsunterlage Vorlage 14/268

Und:**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1102
Drucksache 14/1717

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

a) Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände zur zweiten Ergänzungsvorlage

1

Der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund NRW) nimmt Stellung und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

b) Beratung der zweiten Ergänzungsvorlage8-28;
30-49;
50-60

An einen einführenden Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) schließt sich eine ausführliche Aussprache an.

Die Fraktion der SPD beantragt eine öffentliche Anhörung von Verbänden und Initiativen zur zweiten Ergänzungsvorlage (*siehe Seite 31f.*).

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird eine öffentliche Anhörung von Finanzexperten zu den erwarteten Steuermehreinnahmen beantragt (*siehe Seite 40f.*).

Nach ausführlicher Erörterung im Ausschuss und der Mehrheitsentscheidung des zwischenzeitlich einberufenen Ältestenrates, wonach es nicht dem Entscheidungsrecht der Vorsitzenden obliegt, festzustellen, ob es sich um eine Anhörung nach § 56 Abs. 4 oder nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtags handelt, übergibt Ausschussvorsitzende Anke Brunn die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

Nach weiterer Diskussion lässt stellv. Vorsitzender Bernd Krückel über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen, **festzustellen**, dass es sich bei den Anträgen auf Durchführung einer öffentlichen Anhörung um **Anträge zu demselben Beratungspunkt** handelt, sodass sie nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung zu behandeln sind. - Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Ableh-

nung von Mitgliedern der SPD-Fraktion und Nichtbeteiligung der übrigen Mitglieder der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Anschließend verlassen die Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Sitzungssaal. Zuvor erklärt die Fraktion der Grünen, ihren Antrag auf Durchführung einer öffentlichen Anhörung nicht aufrechtzuerhalten.

Der **Antrag** der Fraktion der **SPD** auf **Durchführung einer öffentlichen Anhörung** wird sodann mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

- c) **Beratung und Abstimmung über die Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung** 29-30;
60
Vorlage 14/268

Der **Ausschuss** empfiehlt, nach kurzer Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das **Anliegen der Volksinitiative** - Vorlage 14/258 - **abzulehnen**.

- d) **Beratung und Abstimmung über das GFG** 61
Drucksachen 14/1102 und 14/1717

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dem **Entwurf des GFG** in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Lutz Lienenkämper (CDU)

e) Beratung und Abstimmung über den Haushalt

61

Drucksachen 14/1000, 14/1500 und 14/1899 sowie
14/1700 bis 14/1706, 14/1708, 14/1710 bis 14/1715, 14/1720 und
14/1818

Vorlagen 14/452, 14/462 und 14/468

Die **Änderungsanträge** der Fraktionen der CDU und der FDP **Vorlage 14/464** (*wiedergegeben auch als Anhang 2 zur Drucksache 14/1900*) sowie die Änderungsanträge aller Fraktionen **Vorlage 14/468** (*wiedergegeben auch als Anhang 1 zur Drucksache 14/1900*) werden mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird der **Bereinigungsbeschluss** (*siehe Drucksache 14/1900, Seite 6*) **gefasst**.

Der Ausschuss **empfiehlt** in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Dr. Jens Petersen (CDU)

2 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009

50

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 14/1101

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP sowie der Ausschussvorsitzenden bei Nichtbeteiligung der übrigen Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die **Finanzplanung zur Kenntnis zu nehmen**.

3 Verschiedenes

50

d) Beratung und Abstimmung über das GFG

Drucksachen 14/1102 sowie 14/1717

Stellv. Vorsitzender Bernd Krückel stellt fest, der Entwurf des GFG sei vom HFA abschließend zur zweiten Lesung behandelt worden. Der Landtag habe den Gesetzentwurf am 4. Mai in zweiter Lesung beraten und nach der Abstimmung an den Haushalts- und Finanzausschuss zurück überwiesen. Änderungsanträge lägen nicht vor.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dem Entwurf des GFG in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert zuzustimmen, und bestellt Lutz Lienenkämper (CDU) als Berichterstatter.

e) Beratung und Abstimmung über den Haushalt

Drucksachen 14/1000, 14/1500 und 14/1899 sowie
14/1700 bis 14/1706, 14/1708, 14/1710 bis 14/1715, 14/1720 und 14/1818

Vorlagen 14/452, 14/464 und 14/468

Stellv. Vorsitzender Bernd Krückel weist darauf hin, dass schriftliche Änderungsanträge aller Fraktionen mit Vorlage 14/468 vorlägen. Außerdem sei in der zweiten Lesung ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit Kürzungen bei den Mieten und Pachten in allen Einzelplänen beschlossen worden. Die vom Finanzministerium bis zur dritten Lesung erbetene Aufteilung liege inzwischen mit Vorlage 14/464 vor und sei bereits am letzten Donnerstag von den Fraktionen der CDU und der FDP zum Antrag erhoben worden.

Der **Ausschuss** nimmt die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP Vorlage 14/464 (*wiedergegeben auch als Anhang 2 zur Drucksache 14/1900*) sowie die Änderungsanträge aller Fraktionen Vorlage 14/468 (*wiedergegeben auch als Anhang 1 zur Drucksache 14/1900*) bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einstimmig an.

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich anschließend bei den Mitgliedern allen Fraktionen dafür, dass es möglich gewesen sei, bei solchen, allen am Herzen liegenden Dingen wie Schüleraustauschen mit israelischen und palästinensischen Jugendlichen oder auch der Neufassung der §§ 6 und 7 des Haushaltsgesetzes ein Einvernehmen zwischen allen Fraktionen des Landtags herzustellen.

Der **Ausschuss** fasst sodann bei Abwesenheit der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einstimmig den Bereinigungsbeschluss (*siehe Drucksache 14/1900, Seite 6*).

